

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellungen und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatlich (incl. Post) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Altbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsstelle: Dresden-A. Altbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungstermin der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabend 13-14 Uhr

5. Jahrgang Dresden, Montag den 14. Januar 1929 Nummer 11

Die SPD-Minister werden alle Panzerkreuzerraten bewilligen!

Grundsätzlich wird Koalitionspolitik gebilligt

Das Demagogenspieler auf dem Leipziger SPD-Parteitag
Ablehnung der bisherigen Koalitionspolitik, Zustimmung zur Koalition mit „Bedingungen“
Wehretat bis 500 Millionen wird bewilligt / Lipinski bereitet Koalitionskurs in Sachsen vor

Von unserem hg.-Berichterstatter

Leipzig, den 13. Januar 1929.

Der im Leipziger Volkshaus abgehaltene Landespartei-tag der sächsischen Sozialdemokraten trug das unverkennbare Merkmal des zentristischen Doppelspiels von Anfang bis zum Abschluß seiner Beratungen. Der Druck der Arbeiter und ihre Empörung über die Früchte der Koalitionspolitik zwang den Redner zur Reichspolitik Ströbel zu einer scharfen Kritik an allen wichtigen Maßnahmen der Reichsregierung. Das Bezeichnendste ist, daß in allen Fragen, die die Kommunisten einer vernichtenden Kritik unterzogen hatten und die in der SPD-Presse aller Schattierungen mit einigen „Wenn“ und „Aber“ grundsätzlich bejaht und verteidigt worden sind, die „linken“ Führer selbst mit scharfen Worten Kritik übten, obgleich aus ihrer Feder die gemeinsten Auswürfe gegen die kommunistische Kritik selbst kamen. Daß es hierbei darauf ankam, den rebellierenden SPD-Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, zeigt die Annahme einer Entschliebung, die gegen eine (!) Stimme angenommen wurde, die den Austritt aus der Regierung fordert, gleichzeitig jedoch grundsätzlich die Koalitionspolitik bejaht, indem sie ein Verbleiben in der Koalition billigt bei Stellung gewisser Bedingungen. Dabei wissen diese Leute ganz genau, welche Früchte Koalitionspolitik mit sich bringt, kündigte doch schon Ströbel an, daß

die SPD-Minister die weiteren Panzerkreuzerraten bewilligen werden „müssen“!

Auch zum Wehretat wurde ebenso doppelzüngig Stellung genommen. Bei einer wortladischen Ablehnung des SPD-Wehretats (das die Dresdner Volkszeitung offiziell gebilligt hatte! D. Red.) wird dann grundsätzlich die Bewilligung des bürgerlich-kapitalistischen Wehretats zugestimmt, nur mit der Einschränkung, daß dafür höchstens 500 Millionen bewilligt werden dürfen. Diese echt „links“-sozialdemokratische Art der Verschleierung der Zustimmung zu den Kriegsausgaben der Bourgeoisie zeigt deutlich die Strupflosigkeit dieser linken Demagogen. Wie vor Heidelberg, öffnen sie die Ventile, um den Druck der Empörung der SPD-Arbeiter zu entlasten, um nachher in Magdeburg, wie feinerzeit in Heidelberg, sich vor den Panzerkreuzerbewilligern auf den Bauch zu werfen. Edel, der zur sächsischen Landespolitik referierte, entwickelte keinen einzigen neuen oder wesentlichen Gedankengang, sondern lobte nur die Einträglichkeit der lokalen Opposition fürs Parteigeschäft. Allerdings fand er für die Steuerpolitik Hilsfeldings das Wort „Skandal“ treffend. Im Sächs. Landtag aber wird er jede Schurkei

seiner Parteigenossen im Reiche zu verteidigen versuchen, wie er das bisher getan hat. Was Edel zu den Kommunisten sagte, zeigt die grenzenlose Oberflächlichkeit und „Urteilsfähigkeit“ dieses linken Führertypus. Er hat weder den Sinn der Parteidiskussion begriffen, noch wagt er eine ernsthafte Perspektive gegenüber den Kommunisten zu entwickeln. Er lehnt selbstverständlich jede Konzession an die Kommunisten ab. Dies gelte auch für die zukünftige Politik in Sachsen. Natürlich prophezeite er große Gewinne bei einer kommenden Landtagswahl, zog jedoch daraus keine klare Schlussfolgerung. Der Vorsitzende Lipinski drehte deshalb ab und bereitete auf die Koalitionspolitik in Sachsen vor, indem er erklärte, man solle jetzt nicht darüber reden, was künftig in Sachsen geschehen solle, sondern bei einer Landtagsauflösung zur gegebenen Situation Stellung nehmen. Heute will man sich noch nicht festlegen. Das ist

die Vorbereitung für den Koalitionskurs auch in Sachsen.

Textilarbeiterstreik in Neugersdorf

Neugersdorf, den 14. Januar.

Am Sonnabend ist in dem größten Textilbetrieb in Neugersdorf, bei E. G. Hoffmann, gegen zwei Stimmen der Streik beschlossen worden, um beabsichtigte Affordkürzungen zu verhindern.

Die Lage im ostlächsischen Tarifgebiet der sächsischen Textilindustrie spitzt sich von Tag zu Tag zu. Genau wie im westlächsischen Tarifgebiet werden die Auswirkungen des für verbindlich erklärten Hungerschiedspruchs für die Textilarbeiter erst einige Wochen später fühlbar.

Wir Kommunisten haben mit Befremden der sächsischen Textilschiedsprüche erklärt, daß durch diese Schiedsprüche 90 Prozent der Textilarbeiter Sachsens überhaupt keine Lohnerhöhung erhalten. Weit über die Hälfte der Beschäftigten in der Textilindustrie arbeiten im Afford und auch große Teile haben auf ihre geringen tariflichen Stundenlöhne sich keine betriebliche Zulagen erlangt. Alle im Afford Beschäftigten und auf Anweisung des Arbeitgeberverbandes auch alle, die einige Pfennige über den Tarif im Stundenlohn verdienen, erhalten

keine 5 Prozent Lohnerhöhung.

Wie im westlächsischen Tarifgebiet, rechnen auch alle Beschäftigten im ostlächsischen Tarifgebiet, daß jeder einzelne 5 Prozent Lohnerhöhung erhält. Ferner rechnen sich die Arbeiter bereits die Nachzahlung der Lohnerhöhung für 6 Wochen aus. Da die Lohnerhöhung ab 1. Dezember Gel-

Der Dresdner Scharfmacher Risch, der Wortführer des Dresdner Bürgerblocks im Rathaus, hielt auch sein Referat über die Kommunalpolitik ganz im Sinne der wortladischen Demagogie. Die Praxis dieses Hausknichts der Dresdner Deutschnationalen hat ihn jedoch den Dresdner Arbeitern schon entlarvt. Zu den einzelnen wichtigen politischen Fragen, die auf dem Sächs. Landespartei-tag der SPD zur Erörterung standen, und deren Behandlung die ganze Doppelzüngigkeit dieses „linken“ Klügels zeigte, wird noch in einem besonderen Artikel Stellung genommen werden. Alles in allem zeigte der Verlauf dieses Parteitages, daß die kommunistische Partei, will sie ihrer historischen Aufgabe gerecht werden, gerade die sächsischen linken Führer der SPD bei allen Gelegenheiten und in allen Fragen, die die Arbeiterklasse interessieren, vor die Konsequenz ihrer Haltung zu stellen und zur Entscheidung zu zwingen hat.

Diese Aufgabe muß erfüllt werden, um die sächsischen Arbeiter den Klauen dieser schneidradförmigen Demagogen zu entreißen und einen wirklichen revolutionären Arbeiterblock in Sachsen zu schaffen, der mit jedem arbeitgeberfeindlichen Landtag und mit jeder arbeitgeberfeindlichen Regierung Schluß zu machen im Stande ist. Daß dies nur unter der Führung der kommunistischen Partei geschehen kann, wird nicht nur die Tätigkeit der Kommunisten, sondern auch die verräterische Haltung der „linken“ SPD-Führer den sächsischen Arbeitern beweisen.

tung hat, glauben alle, 4 bis 7 Mark Nachzahlung zu erhalten. Die Unternehmer bringen die Lohnerhöhung, wenn sie überhaupt in Frage kommt, erst einige Wochen nach der Verbindlichkeitserklärung in Anwendung bzw. beginnen einige Wochen nach der Verbindlichkeitserklärung durch betriebliche Verhandlungen die Lohnzulage zu regeln.

Im westlächsischen Tarifgebiet

hatte die Enttäuschung der Arbeiter über die Nichtauszahlung der Nachzahlung und der 5 Prozent Lohnerhöhung an 90 Prozent der Beschäftigten eine ungeheure Erregung zur Folge, die bereits in 4 Betrieben zu den schon gemeldeten betrieblichen Streiks trotz Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs führte.

Im ostlächsischen Tarifgebiet beginnen jetzt erst einige Betriebe mit der Regelung der Lohnverhältnisse nach dem Schiedspruch, und dort, wo begonnen wird, merken die Arbeiter, daß wir Kommunisten recht hatten als wir erklärten, daß 90 Prozent keine Lohnerhöhung erhalten. Die elenden Hungerlöhne, die bereits 13 Monate Geltung hatten und nun durch Verbindlichkeitserklärung des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers Wisell erneut 17 Monate Geltung haben sollen, bringen ein immer schnelleres Anwachsen der Kampfkraft der Arbeiterklasse in den Betrieben mit sich.

In dem größten Textilbetrieb in Neugersdorf,

E. G. Hoffmann,

waren vor einem Jahr noch 1000 Personen beschäftigt. Infolgedessen, daß der Betrieb dazu überging, das 4- und 6-Stuhl-System einzuführen, d. h. Arbeiterinnen und Arbeiter, die bisher an 2 bis 3 Stühlen arbeiteten, werden gezwungen, an 4 breiten Stühlen zu arbeiten, und Beschäftigte, die bisher an 2 schmalen Stühlen arbeiten mußten, jetzt bei karrierter Ware an 4 schmalen und bei glatter

Ausperrung bei Grelling!

Dresden, den 14. Januar.

Bei der bekannten Zigarettenfabrik Grelling, Dresden, Zwilauer Straße, sind heute morgen die Maschinenarbeiterinnen ausgesperrt worden. Die Ursachen dieser Unternehmernahme dürften in den betrieblichen Differenzen in bezug auf die Lohnregelung der betreffenden Arbeitergruppe zu suchen sein. Die Aussperrten haben heute morgen in einer Versammlung zu der durch die Aussperrung geschaffenen Lage Stellung genommen.

Die Dresdner Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen müssen aus der Maßnahme der Firma Grelling erkennen, wie rückwärts die Unternehmer ihre Interessen den Arbeitern gegenüber durchzusetzen versuchen. Die Arbeiter müssen in dem gegenwärtigen Lohnkampf in der Zigarettenindustrie daraus die Lehre ziehen.

Gewaltige Liebfnecht-Luzemburg-Feier trotz Zörgiebel's Verbot

40 Verhaftungen

Berlin, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht)

Trotz Demonstrationssperre waren gestern zur Gedächtnisfeier an den Gräbern Karl Liebfnechts und Rosa Luxemburgs die Berliner Arbeiter in ungeheuren Massen erschienen. Der Aufmarsch steigerte sich zu einer gewaltigen Massentumgebung. Sportler und Gewerkschaftsdelegationen, sowie Vertreter aus Massenorganisationen marschierten mit Fahnen und Kränzen auf. Kopf an Kopf standen die Massen. Am Revolutionsdenkmal und an den Gräbern Rosa Luxemburgs und Karl Liebfnechts hatten Hunderte von Fahnen und Kränze in der Hand genommen. Neben den Fahnen des JA der KPD, des KZB, KZWB, des KZVD sah man die von Betrieben und Organisationen, wie Bergmann, Voram, Städt. Kraftwerke, AEG, Städt. Gas- und Elektrizitätswerke, Staats- und Gemeindefabrikantenverband, Reichsbahn, Hoch- und Untergrundbahn, Postbeamten u. a. Zur Einleitung der Kundgebung wurde auf dem Denkmal ein Feuer abgebrannt, darauf spielte eine Kapelle des KZB den russischen Trauermarsch und Rotgardienmarsch. Hierauf ergriß der Genosse Pies das Wort. Er gedachte in seinen Worten der großen Führer des Proletariats, die 1918 wehrlos ermordet wurden, kennzeichnete die Haltung der KPD, die dem Klassenverrat trenn gelieben ist. Ein Beweis

ist das Verbot der Gedächtnisumgebung durch Zörgiebel, der es aber trotzdem nicht fertig brachte, die Berliner Arbeiter zurückzuhalten. Er forderte auf, weiter zu kämpfen gegen den Verrot der sozialdemokratischen Führer und gegen die kapitalistische Ordnung; Mobilisierung der breiten Arbeitermassen gegen die Angriffe der Unternehmer sei unsere Aufgabe. Nach ihm sprach der Vertreter des kommunistischen Jugendverbandes.

Es erfolgte der Aufmarsch, und bis in die späten Nachmittagsstunden marschierten die Arbeiter an den Gräbern vorbei.

In der Frankfurter Allee war es schon beim Aufmarsch einer KPD-Abteilung, die trotz Demonstrationssperre durch die Straßen marschierte, zu einer Gummiknüppelade der Polizei gekommen, wobei verschiedene Genossen verhaftet wurden. In den frühen Morgenstunden fuhr in den Arbeiterrevier die Wagen der Polizei, um jede Ansammlung zu verhindern. Die Umgebung des Friedhofes glück einem Heerlager, Autogaragen waren in Polizeieinheiten umgewandelt.

Beim Aufmarsch formierten sich große Jüge von Jugendgenossen und erfolgte auch hier eine brutale Gummiknüppelade, wobei 40 Verhaftungen von KPD-Kameraden und Jugendgenossen erfolgten.